

Nein zur Pro-Service-public-Initiative

Die Regiebetriebe SBB, Post und Swisscom waren in den letzten Jahren massiven Veränderungen unterworfen. Teile der Bevölkerung sind damit nicht einverstanden. Die Absender der Service-public-Initiative sagen, wer Ja stimmt, erhält die alten Zeiten zurück. Der Kantonalvorstand des BGV hat sich mit den Konsequenzen der Initiative auseinandergesetzt und sagt einstimmig mit einer Enthaltung Nein.

Mi. Blenden wir zurück. Die Regiebetriebe des Bundes gerieten in den 90er-Jahren in eine Krise. Die SBB machten jedes Jahr grössere Defizite und wurden zu einem Haushaltsrisiko für den Bund. Zu tragen hatten dies die Steuerzahler. Die damalige PTT konnte die Defizite der Post, die sich auf über 500 Millionen Franken pro Jahr beliefen, zwar intern decken. Aber dies nur, weil sie die Telefongespräche ins Ausland massiv verteuerte. Und schliesslich drohte der alten PTT, dass sie den technologischen Wandel verpasste. Der Handlungsspielraum für die Betriebe war klein, sie waren Teil der Bundesverwaltung und schwerfällige Gebilde. Bis zu einer unternehmerischen Entscheidung verging viel Zeit. Der Bundesrat verselbstständigte die Be-

triebe. Dafür brachte er eine PTT-Reform ins Parlament, mit der man zwei Unternehmen schuf – die Post und die Swisscom. Danach folgte die Bahnreform.

Heute hochstehender Service public

Geschaffen wurden finanziell gesunde Firmen, die autonom überleben können und müssen. Heute setzt der Bund die Ziele; die Unternehmen müssen diese erreichen. Ein Beispiel: Bund und Kantone legen fest, ob es einen Stunden- oder Halbstundentakt braucht. Die SBB setzen die Vorgaben um. Damit ist ausgeschlossen, dass die Bundeskasse nachträglich für Defizite aufkommen muss. Geld erhalten die Unternehmen nur noch in klar definierten Fällen: Die Post etwa für die Zeitungsbeförderung oder die SBB für Angebote im Regionalverkehr oder für das Schienennetz. Die Leistungen sind ausgebaut worden und auf dem neuesten technologischen Stand. Neue Angebote sind dazugekommen, andere sind verschwunden. Im internationalen Vergleich dürfte die Schweiz dank diesem System wohl einer der besten Service public haben.

Das genügt den Initianten nicht. Sie geben unverhohlen zu, dass ihnen die Gewinne der Service-public-Betriebe ein Dorn im Auge

seien. Deshalb will die Initiative diese in Zukunft verbieten. Das greift zu kurz. Ein Unternehmen muss Gewinn machen, um in die Zukunft zu investieren und um Reserven für schlechte Zeiten zu haben. Swisscom zum Beispiel investiert jährlich 1,7 Milliarden Franken in Ausbau und Modernisierung ihrer Netze. Hinzu kommt: Swisscom muss sich am Kapitalmarkt finanzieren. Die Unternehmung verfügt über gute Bewertungen, weil sie Gewinne macht. Wird ihr das verunmöglicht, stürzt der Aktienkurs ab. Swisscom würde dann nicht nur an Wert, sondern auch das Volkvermögen, das darin steckt, verlieren. Wie sollen mit diesen Voraussetzungen die Regiebetriebe des Bundes neue Angebote und Dienstleistungen entwickeln? Die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren haben diesen Mangel der Initiative erkannt und lehnen sie ab. Sie befürchten zu Recht, dass die Kantone mit Steuergeldern in die Bresche springen müssten, um den Service public auf heutigem Stand zu erhalten.

Initianten verrennen sich

Die Initianten wollen mit ihrer Initiative die Löhne der Mitarbeiter der Service-public-Betriebe beschränken. Das macht aber keinen Sinn. Der Bundesrat kann als Eigner jederzeit Einfluss nehmen, wenn Post, Swisscom oder SBB bei den Managern überborden sollten. Die Initiative will jedoch auch die Löhne aller Mitarbeitenden an die Bundesverwaltung angleichen. Es gibt bei den Regiebetrieben immer mehr Berufe, die keinen Bezug mehr zur Bundesverwaltung haben. Dazu kommt: Heute handeln die Unternehmen mit den Gewerkschaften Gesamtarbeitsverträge aus, für Umstrukturierungen gibt es Sozialpläne. All dies wäre infrage gestellt. Kein Wunder lehnen auch die Personalverbände die Initiative klar ab.

Vom Ansatz her mag die Initiative durchaus auf eine gewisse Gunst fallen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich die wolkige Formulierung als verfehlt und mit viel zu vielen Nachteilen behaftet. Es gilt sie deshalb strikte abzulehnen.



Gemeinsam Chancen nutzen: Postagentur im Dorfladen integriert – wie hier in Haldenstein. Eine Möglichkeit, den veränderten Bedürfnissen der Kundschaft gerecht zu werden.

